

Im September 2011

Haushaltsrede 2011
CDU-Gemeinderatsfraktion Mandelbachtal

Sehr geehrter Herr Erster Beigeordneter,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren,

die Gemeinde Mandelbachtal steht vor großen Herausforderungen. Dies jedoch nicht erst für den Erlass des heute zu beschließenden Haushaltes für das Haushaltsjahr 2011. Durch die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse, die neben dem Bund auch die Länder in ihrer Gesamtheit betreffen, sind durch den Erlass der Landesregierung auch die saarländischen Kommunen und somit auch die Gemeinde Mandelbachtal mit in die Pflicht genommen, ihr strukturelles Defizit in den nächsten zehn Jahren bis 2020 auszugleichen.

1. Allgemeine Finanzsituation der saarländischen Kommunen

Eine optimale Finanzausstattung der saarländischen Kommunen ist jedoch eine unerlässliche Voraussetzung dafür, eine seriöse, sinnvolle und zweckentsprechende Aufgabenerfüllung auch in der Zukunft gewährleisten zu können. Insbesondere die drei Säulen Einkommensteueranteile, Umsatzsteueranteile und Gewerbesteuer stellen hierfür eine wichtige Grundlage neben weiteren Einnahmequellen dar.

1.1 Subsidiaritätsprinzip

Im Bewusstsein dessen, dass auch der Staat – ob Bund oder Land, und dabei die Länder über den Länderfinanzausgleich auch im Gesamten – zu seiner stetigen Aufgabenerfüllung mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein

muss und daher auch nur begrenzt in der Lage ist, Anteile aus verschiedenen Steueraufkommen den Kommunen verstärkt zuzuweisen, ist mehr denn je das Prinzip der Subsidiarität bei den saarländischen Kommunen und damit auch bei der Gemeinde Mandelbachtal in den Vordergrund zu stellen.

1.2 Konnexitätsprinzip

Gleichwohl ist zu beachten, dass sich der Staat seiner Aufgaben zu Lasten und auf Kosten der Kommunen nicht entledigen kann. Das auch verfassungsrechtlich erwähnte Konnexitätsprinzip muss bei allen Überlegungen, Aufgaben wahrzunehmen und der Frage, auf welcher Ebene diese wahrgenommen werden sollen, strikt eingehalten werden. Konnexität bedeutet: „Wer bestellt, bezahlt“. So begrüßt die CDU-Fraktion im Gemeinderat Mandelbachtal es ausdrücklich, dass nunmehr der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter übernimmt, was zu einer Entlastung des Saarpfalz-Kreises und damit über die Kreisumlage auch zu einer Entlastung der Gemeinde Mandelbachtal führt.

2. Aufgabenverantwortung

Um eine zielgerichtete Sanierung der Gemeinde Mandelbachtal voranzutreiben, ist ein entschlossenes Handeln der kommunalpolitischen Amts- und Mandatsträger, also des Bürgermeisters und der Ratsmitglieder, im Zusammenspiel unabdingbar. Die Amts- und Mandatsträger müssen es zu verstehen wissen, auch politisch schwierige und zum Teil unpopuläre Entscheidungen zum Wohle der Gesamtgemeinde kommunizieren zu können und diese auch schlussendlich umzusetzen und zu verantworten.

2.1 Mandelbachtal fit für die Zukunft machen: Haushaltstrukturkommission

Dem Abbau von Doppelstrukturen kommt bei der nunmehr bevorstehenden Haushaltssanierung eine wesentliche Bedeutung zu. So sind vorbehaltlos und ergebnisoffen alle Bereiche der Gemeinde Mandelbachtal zu hinterfragen und auf den Prüfstand zu stellen. Hierzu zählen ebenso und insbesondere sensible Bereiche im freiwilligen Spektrum wie auch der inneren Verwaltung.

Bei der Leistung von Investitionen ist daher stets die Frage zu stellen, ob u.U. eine gebündelte Aufgabenwahrnehmung unter Berücksichtigung der Aufgaben-

anforderung im gebotenen und erforderlichen Umfang nicht vielleicht ebenso zweckentsprechend erfolgen kann, diese vielleicht sogar dadurch auch qualitativ hochwertiger, und dadurch Synergieeffekte genutzt werden können.

Die CDU-Fraktion fordert daher ausdrücklich die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission, die im Rahmen von offiziellen Sitzungen des Verwaltungs-, Finanz- und Personalausschusses tagen soll. Uns ist es dabei sehr wichtig, dass in diesen speziell einberufenen Sitzungen des Ausschusses vorbehaltlos und ohne jegliches parteipolitisches Klienteldenken an alle Bereiche mit finanzieller Auswirkung herangegangen wird und diese auf den Prüfstand gestellt werden. Dass ferner damit eine Aufgaben- und Vollzugskritik verbunden wird und in einer absolut vertrauensvollen Umgebung beraten werden kann, ohne dass öffentlicher Druck entsteht.

Die Sitzungen dieses Ausschusses sollen stets nur den Tagesordnungspunkt „Haushaltsstrukturkommission“ beinhalten und unabhängig des normalen, zweckerforderlichen Sitzungskalenders tagen. Die Termine sollten dabei an regelmäßigen und im Vorfeld abgestimmten Sitzungstagen erfolgen, damit die einzelnen im Rat vertretenen Fraktionen ihre Fachleute in den Ausschuss entsenden können.

Als wichtige Arbeitsgrundlage ist es unabdingbar, dass neben dem bekannten Haushaltswerk 2011 eine komprimierte Auflistung aller freiwilligen Aufgaben mit finanzieller Auswirkung, insbesondere aus dem konsumtiven Bereich des Ergebnishaushaltes, ebenso vorgelegt wird, wie Maßnahmen der Einnahmebewirtschaftung in allen freiwilligen und pflichtigen Angelegenheiten der Gemeinde mit den dazugehörigen Berechnungen der Kostendeckungsgraden. Dies betrifft u.a. das Friedhofswesen, die Nutzungsentgelte im Allgemeinen und auch die Grundsteuern; dies jedoch nur beispielhaft.

Von größter Wichtigkeit ist es zudem, dass der Einsatz der Haushaltstrukturkommission alsbald erfolgt, damit eine ausgiebige und fruchtbare Beratung vonstatten gehen kann und die Haushaltsaufstellung für 2012 frühzeitig in Angriff genommen werden kann.

2.2 Aufgaben- und Vollzugskritik, Zusammenarbeit

Vor dem Hintergrund des bereits angesprochenen Subsidiaritätsprinzips ist eine Aufgaben- und Vollzugskritik bei der Gemeinde Mandelbachtal von absoluter Notwendigkeit.

Bei der Aufgabenkritik steht dabei die Abwägung von bisher freiwillig geleisteter Aufgaben im Vordergrund und die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Form diese noch Aufrecht erhalten werden können. Hierbei muss es eine Auseinandersetzung mit allen Aufgabenbereichen dieses Spektrums geben. Es muss eruiert werden, ob einzelne freiwillige Aufgaben in der bisherigen Form so fortgesetzt werden können, ob sie reduziert oder gar aufgegeben werden. Nahezu zwingend würden Entscheidungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben, die eine Reduktion oder Aufgabe zur Folge hätten, zu Einsparungen auch im Querschnittsbereich führen.

Die Vollzugskritik hat die Effektivität der Aufgabenwahrnehmung im Blick. Sie umfasst alle Bereiche des kommunalen Handelns von den freiwilligen Aufgaben über die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben bis hin zu den Auftragsangelegenheiten des Bürgermeisters als Teil der staatlichen Verwaltung. Im Wege der Vollzugskritik müssen Standards hinterfragt und Möglichkeiten eruiert werden, ob Aufgaben nicht durch Verlagerung, Umorganisation oder Bündelung effizienter wahrgenommen und dadurch Synergieeffekte erreicht werden können.

Eine besondere Rolle kommt dabei künftig auf die inner- und interkommunale Zusammenarbeit zu. So müssen zum Beispiel eventuell vorhandener Ressentiments innerhalb einzelner Gemeindebezirke untereinander entgegengewirkt und das gemeinsame Ziel angestrebt werden, eine Lösung zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf unsere Gesamtgemeinde zu erreichen (innerkommunale Zusammenarbeit). Dies trifft dabei insbesondere auch auf Investitionsentscheidungen zu. Die CDU-Fraktion begrüßt es daher ausdrücklich, dass die saarländische Landesregierung die Fördermöglichkeiten auf diesem Gebiet geändert hat und solche innerkommunale Projekte künftig mit 60 vom Hundert fördert.

Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die zu einer Kostenreduktion führen und zugleich die Aufgabewahrnehmung nicht gefährden. Dies betrifft dabei nicht nur die Zusammenarbeit verschiedener Kommunen bei der Verwirklichung von Investitionen und die gemeinsame und gegenseitige Nutzung von Einrichtungen, sondern trifft auch auf den Verwaltungsbereich zu. So sollte stetig hinterfragt werden, ob eine bestimmte Aufgabe noch alleine oder nicht besser und gegebenenfalls im Verbund mit anderen Kommunen oder dem Saarpfalz-Kreis durchgeführt werden können. Die gemeinsame Aufgabenerfüllung im Bereich des Vollstreckungswesens ist dabei ebenso möglich, wie die bereits von der Gemeinde Mandelbachtal genutzte Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rechnungsprüfungsamtes beim Saarpfalz-Kreis.

3. Bemessungsgrundlage für die Realsteuern

Die Realsteuern der Kommunen, zu denen auch die Grundsteuer B als eine der wichtigsten Einnahmenquellen zählt, werden auf der Grundlage des Bewertungsgesetzes (BewG) vom 16. Oktober 1934 und der bisher ergangenen Änderungen hierzu erhoben. Hierzu haben die Finanzbehörden für West-Deutschland zuletzt mit Hauptfeststellungsstichtag zum 01. Januar 1964, für Ost-Deutschland zum 01. Januar 1935, sogenannte Einheitswerte festgesetzt, auf deren Grundlage seither die Grundsteuer B als Realsteuer erhoben wird. Diese Einheitswerte liegen daher heute weit unter den realen Kaufwerten der Immobiliengrundstücke, sodass die Bemessungsgrundlage deutlich von den aktuellen Verhältnissen abweicht. Es ist daher unerlässlich – wie es auch im Bemessungsgesetz verankert ist –, dass die Einheitswerte als Bemessungsgrundlage für die Realsteuern durch die Finanzbehörden neu ermittelt und festgesetzt werden. Allein hierdurch würden sich ohne Zutun der Gemeinde Mandelbachtal, zum Beispiel in Form einer Änderung der Hebesätze zu den Realsteuern, deutliche Verbesserungen auf der Einnahmeseite ergeben.

Der Staat müsste hier seiner gesetzlichen Pflicht endlich nachkommen und eine neue Einheitswertfestsetzung durchführen.



4. Situation für das Jahr 2011

4.1 Weichenstellung für Generationswechsel in der Kämmerei

Durch den Beschluss des Gemeinderates Mandelbachtal vom 22. Juni 2011 über die Einstellung eines neuen Kämmers für die Nachfolge des im kommenden Jahr ausscheidenden Stelleninhabers Hans Bernhard Faas wurde eine zukunftsweisende Entscheidung für die kommenden Jahre getroffen. Mit dem neuen Fachmann, der nun für eine Übergangszeit vom jetzigen Kämmerer in dieses Amt eingeführt werden soll, werden wir die Herausforderungen für die Gemeinde Mandelbachtal nach besten Möglichkeiten in Angriff nehmen können.

Wir bauen auf eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Kämmerer, wie wir sie auch bisher mit Hans Bernhard Faas haben durften.

4.2 Probelauf für den Einsatz von Gemeindeteilsarbeitern

Mit Beschluss vom 30. März 2011 im Verwaltungs-, Finanz- und Personalausschuss wurde einem Antrag aus dem Ortsrat Bebelsheim zugestimmt, der eine probeweise Einstellung eines geringfügig Beschäftigten zum Inhalt hat.

Bei dieser Tätigkeit werden dem Antrag und dem Beschluss entsprechend insbesondere Rentner, aber auch Hausfrauen, Schüler und Studenten angesprochen, die sich ein kleines Zubrot damit verdienen können und zugleich den Bauhof bei kleineren Tätigkeiten wie Kehrdienste für gemeindeeigene Grundstücke an Straßen oder Containerplätzen, Friedhöfe, Gemeinschaftseinrichtungen, u.ä. in der Fläche des Gemeindegebietes entlasten.

Die Intension ist dabei, dass es sich um eine probeweise Testphase für das Jahr 2011 handelt, in der Erfahrungen mit der Einführung dieser sogenannten Gemeindeteilsarbeiter gesammelt werden sollen. Diese Ergebnisse werden dann in einer Ortsvorsteherdienstbesprechung des Bürgermeisters mit allen Ortsvorstehern am Ende dieses Jahres erörtert und entsprechende Erfahrungen ausgewertet, um für das kommende Jahr zu ergründen, wie eine Gesamtlösung für alle acht Ortsteile herbeigeführt werden kann.

4.3 Gewerbegebiet „Große Heide“

Nach Jahrzehnten von Absichtsbekundungen, Vorberatungen, Diskussionen und Planungen ist es nun endlich gelungen, das langersehnte Gewerbegebiet an der Bundesstraße 423 mit dem schönen Namen „Große Heide“ mit Leben zu füllen. Mit der Erschließung des 5,1 Hektar großen Bauabschnittes im Jahre 2010 und der Inbetriebnahme des neuen EDEKA-Marktes und der Bäckerei Mohr in diesem Jahr kann man die Weiterentwicklung quasi täglich mitverfolgen. Zurzeit befinden sich in der Bauphase die Krankenpflege Thomas Kükens sowie das Fitness-Studio „Heiderose“ (ehemals KASA-Sport). Mithin stehen aktuell noch 1,5 Hektar an Gewerbeflächen zur Verfügung, die vermarktet werden können.

Der Gemeinde Mandelbachtal werden neben den Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen vor allem aber in der Zukunft Einnahmen aus der Gewerbesteuer zufließen, was neben der zentralen Bedeutung für die wirtschaftliche Fortentwicklung der Gemeinde vor allem aber die Nahversorgung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sichert.

Unserem Bürgermeister Herbert Keßler und dem fachlich zuständigen Beigeordneten Eberhard Keipert wollen wir an dieser Stelle für die geleistete Arbeit rund um die Erschließung und Vermarktung des Gewerbegebietes unseren besonderen Dank aussprechen. Mit Eberhard Keipert haben wir zudem einen Beigeordneten, der im besonderen Maße die notwendige Fachkompetenz in diesem Bereich besitzt und diese zum Wohle der Gemeinde Mandelbachtal auch einsetzt.

4.4 Umlage für den Biosphären-Zweckverband Bliesgau

Die Mandelbachtaler Union hält an der Idee der Biosphäre Bliesgau fest. Allerdings sehen wir den ständigen Ausbau der Geschäftsstelle und den damit verbundenen Aufbau bei der Personalisierung als sehr kritisch an.

Die CDU-Fraktion verschließt sich nicht der besonderen Verantwortung, die sich aus der Mitgliedschaft im Zweckverband ergibt und steht auch neuen Gedanken

aufgeschlossen gegenüber. Es muss jedoch bei aller Betrachtung die besondere finanzielle Situation der Gemeinde Mandelbachtal und der anderen beteiligten Kommunen Berücksichtigung finden. Unter diesem Gesichtspunkt kann es nicht sein, dass alle Kommunen, egal wie leistungsstark sie sind, den gleichen jährlichen Beitrag erbringen sollen. Wie in anderen Bereichen müssen hier künftig starke Schultern mehr tragen als schwache. Deshalb muss im kommenden Jahr die Finanzierung des Verbandes reformiert werden. Hier werden wir im Zweckverband in den kommenden Monaten gefordert sein, um in den Verhandlungen mit den anderen Kommunen eine Korrektur, hin zu mehr Gerechtigkeit, zu erreichen.

4.5 Breitbandversorgung

Die Versorgung der Haushalte in den einzelnen Ortsteilen der Gemeinde Mandelbachtal mit einer zuverlässigen, erschwinglichen und hochwertigen Breitbandinfrastruktur zur Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien entspricht nicht den heutigen Erfordernissen und Ansprüchen einer modernen Bevölkerung.

Zu diesem Zwecke hat die Gemeinde Mandelbachtal auf Betreiben der Jungen Union (JU) hin, deren Antrag über die CDU-Fraktion eingereicht und der parteiübergreifend im zuständigen Ausschuss auch beschlossen wurde, in einem ersten Schritt eine Bedarfserhebung durchgeführt. Der Rücklauf war enorm, was das besondere Interesse in der Bevölkerung deutlich unterstreicht.

Diesem Interesse der Bevölkerung müssen nunmehr auch Taten folgen. Da eine Förderung nach EU-Vorgaben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird, sind wir gehalten, die Umsetzung dieser Maßnahmen mit eigenen finanziellen Mitteln auszustatten.

Dass die Gemeinde Mandelbachtal und auch generell die Kommunen sich in dieser Situation wiederfinden, ist an sich schon grotesk. Handelt es sich doch um eine absolute Bundesaufgabe, die deutsche Bevölkerung im Wege der gleichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bundesgebiet mit dieser Technologie gleichermaßen zu versorgen.

Die CDU-Fraktion möchte daher bereits in diesem Jahr noch Möglichkeiten eruieren, ob es, wie in anderen Kommunen auch, die Möglichkeit einer Versorgung durch Unternehmen gibt, die zu einer kostenneutralen Versorgung im Breitbandbereich bereit sind. Die Situation in unserer Gemeinde durch das Vorhandensein von Leerrohren von den Hauptverteilern in Bliesmengen-Bolchen und in Ommersheim zu den Verteilern in den übrigen Ortsteilen könnte besser nicht sein.

4.6 Folgekostenausweisung bei Investitionen

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Gemeinderat Mandelbachtal in seiner Sitzung am 22. Juni 2011 beschlossen, künftig bei Investitionsentscheidungen die sich daraus resultierenden Folgekosten zu beleuchten und die Verwaltung beauftragt, diese Kosten künftig zu ermitteln und der Verwaltungsvorlage beizufügen.

Die CDU-Fraktion hat diesen Antrag von Beginn an vollumfänglich unterstützt und sieht darin auch eine wichtige Weichenstellung für eine solide Entscheidungsfindung in Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen.

4.7 Gemeinde leistet auch in 2011 wichtige Investitionen

Trotz der schwierigen Haushaltslage der Gemeinde Mandelbachtal ist es auch im Jahr 2011 gelungen, wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Gemeinde zu tätigen. Nur einige Beispiele seien hierzu aufgegriffen:

- **Dorfgemeinschaftshaus Heckendalheim:** Die notwendige und auch richtige Schaffung barrierefreier Zugänge in all unseren gemeindlichen Einrichtungen, insbesondere auch derer, die oft und regelmäßig von Menschen genutzt werden, ist eine für die CDU völlig außer Frage stehende Angelegenheit. Der geplante Einbau eines behindertengerechten Fahrstuhls in das Dorfgemeinschaftshaus Heckendalheim ist daher unerlässlich. In einer Ortsbesichtigung und sehr intensiven Beratungen aller beteiligten Gremien, des Ortsrates und des zuständigen Ausschusses, wurden daher verschiedene Möglichkeiten und Modelle ausführlich erörtert und diskutiert. Mit den im



Haushalt veranschlagten 180.000,00 € sollte daher eine Variante gewählt werden, die dem Zweck der Barrierefreiheit primär entspricht und darüber hinaus verschiedener Wünsche aus dem Ortsrat Rechnung tragen kann.

- **Ausstattung der Feuerwehr:** Der Sicherheitsaspekt ist eine der wichtigsten Angelegenheiten, der die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde direkt betrifft. Die zweckentsprechende und gute Ausstattung unserer Feuerwehren ist daher eine zentrale Aufgabe, die sich auch im Haushalt 2011 wiederfindet. So ist es gelungen, neben der Veranschlagung für die Beschaffung eines Trocken-Nass-Saugers für Bliesmengen-Bolchen und einer Abgasanlage für Ormesheim auch die Mannschaftstransportwagen für Erfweiler-Ehlingen und Heckendalheim, letzterer zugleich auch als Einsatzleitwagen ausgebaut, zu berücksichtigen. Darüber hinaus wird die Modernisierung mit Hochleistungssirenen fortgesetzt, ebenso die Einführung des Digitalfunks.

- **Jugendarbeit wird weiter gefördert:** Die Jugendarbeit, die zu den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde zählt, wird durch die Förderung der gemeindlichen Jugendclubs in ihrer Arbeit generell unterstützt, jedoch auch im investiven Bereich im Haushalt berücksichtigt. Neben der Fortsetzung von begonnenen Arbeiten bzw. allgemeiner Instandsetzungsarbeiten an bestehenden baulichen Einrichtungen in Jugendclubs, wie z.B. in Heckendalheim, können in 2011 für die Schaffung neuer Jugendräume in der ehemaligen Grundschule in Ommersheim für den dortigen Jugendclub insgesamt 35.000,00 € bereitgestellt werden. Geld, das sinnvoll in die Jugendarbeit investiert ist.

- **Kindertagesstätten im Gemeindegebiet:** Die Gemeinde Mandelbachtal leistet in vielfältiger Weise Unterstützung im Bereich der gemeindeeigenen und vor allem auch der kirchlichen Kindertagesstätten im Gemeindegebiet, auch auf Grund einschlägiger gesetzlicher Vorgaben. Für 2011 steht nunmehr die Übernahme der Trägerschaft der katholischen Kindertagesstätte in Ommersheim an, dem sich in Folge dann auch grundlegende und zukunfts-

weisende Investitionen anschließen, die die Versorgung von Familien auf eine moderne, zeitmäßige Art sicherstellen soll.

- **Kommunales Ehrenamt stärken und fördern:** Die Gemeinde Mandelbachtal ist gerade und insbesondere auch deshalb eine liebens- und lebenswerte Gemeinde, weil sich hier im besonderen Maße Menschen in vielfältigen Bereichen in Einrichtungen, Institutionen, Organisationen und unseren Vereinen ehrenamtlich engagieren. Die Wertschätzung und der Erhalt dieser Arbeit ist für den sozialen Zusammenhalt, die gesellschaftliche Fortentwicklung und gerade auch im Bereich der Jugendarbeit für unsere Gemeinde eine Unerlässlichkeit. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2011 in diesen Bereichen halten zu können, ist für die CDU-Fraktion eine wichtige und richtige Forderung und konnte auch erfolgreich umgesetzt werden.

Dies nur als einige Beispiele aus dem Haushalt 2011.

Die CDU-Fraktion dankt Herrn Bürgermeister Herbert Keßler und seiner Verwaltung, mit Herrn Kämmerer Hans Bernhard Faas an verantwortlicher Stelle, für die Arbeiten rund um die Aufstellung des Haushaltes 2011 und dass der Kämmerer in den Sitzungen aller Fraktionen Auskunft zum Haushalt gegeben hat. Den mitarbeitenden Kolleginnen und Kollegen im Kämmereiamt und der Verwaltung gilt hierfür ebenfalls unser besonderer Dank.

Unserem erkrankten Bürgermeister Herbert Keßler von dieser Stelle aus die besten Genesungswünsche.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2011 in der vorliegenden Form zustimmen.

Mit freundlichem Gruß

Für die CDU-Fraktion im Gemeinderat Mandelbachtal:

Jens Welsch,
stellv. Fraktionsvorsitzender